

STADT KAMEN

17. FEB. 2015

Anl.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kamen - Rathausplatz 1 - 59174 Kamen

Bürgermeister der Stadt Kamen  
Herrn Hermann Hupe  
Rathausplatz 1  
59174 Kamen

**Fraktionsbüro :**

Rathausplatz 1  
59174 Kamen  
Zimmer P4  
☎ 02307 / 148 - 5400  
☎ 02307 / 148 - 5450  
b90gruene-fraktion.kamen@gswcom.biz

**Bürozeiten :**

Di. 10 - 12 Uhr  
Do. 14 - 16 Uhr

17.02.2015

**Resolution des Rates der Stadt Kamen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hupe,

die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN beantragt, beiliegende Resolution in der Ratssitzung am 12. März 2015 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Begründung:**

In den derzeit in Verhandlung befindlichen Handelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und TISA (Trade in Services Agreement), sowie in dem zur Ratifizierung anstehenden Abkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) mit Kanada, wird auch der Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen geregelt. Dadurch sind auch die Handlungsspielräume der Stadt Kamen in den Bereichen der Daseinsvorsorge, des Bildungs- und Kultursektors, der sozialen Dienstleistungen und der Bindung von Auftragsvergaben im Dienstleistungssektor an definierte Kriterien berührt, ebenso andere kommunale Aufgabenfelder, die derzeit von der Stadt nicht bedient werden, wie z. B. der Gesundheitsbereich.

Daher ist es nach unserer Auffassung geboten, dass sich der Rat der Stadt Kamen positioniert und an die Kommission der Europäischen Union, das Parlament der Europäischen Union, die Bundesregierung sowie die Landesregierung NRW appelliert, sich im Zuge der Verhandlungen um TTIP, TISA und CETA uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen.

Im Beschlussfall wird die Verwaltung beauftragt, die Resolution den genannten Gremien und dem Städte- und Gemeindebund NRW zur Kenntnis zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen

*Anke Dörlemann*

Anke Dörlemann  
Fraktionssprecherin

Bankverbindung: Sparkasse Kamen IBAN: DE43 4435 0060 0000 0297 93

**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN**

# **Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden**

## **Resolution des Rates der Stadt Kamen**

### ***Der Rat der Stadt Kamen appelliert an:***

- die Kommission der Europäischen Union
- das Parlament der Europäischen Union
- die Bundesregierung
- die Landesregierung NRW

sich im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), und des internationalen Dienstleistungsabkommens "Trade in Services Agreement" (TISA), sowie auch beim bereits verhandelten Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen.

### ***Der Rat stellt fest, dass:***

1. Die bisherigen Verhandlungen weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt wurden und diese Intransparenz das Misstrauen in die Verhandlungsführung der EU-Kommission erhöht hat und die demokratischen Grundsätze untergräbt,
2. die geplanten Abkommen nach derzeitigem Kenntnisstand geeignet sind, die bisherige Form kommunaler Daseinsvorsorge und das Subsidiaritätsprinzip zu gefährden und negative Auswirkungen für das kommunale Handeln, bei der öffentlichen Auftragsvergabe, einschließlich der Delegation von Aufgaben an kommunale Unternehmen, der Förderung und Unterstützung von Kultur und der Erwachsenenbildung (z.B. über Volkshochschulen) wie auch der Tarifgestaltung und die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte der Stadt Kamen haben können,
3. die geplanten Abkommen der Eröffnung von Marktzugängen im Dienstleistungssektor dienen, insbesondere auch der öffentlichen Dienstleistungen, und die Organisationshoheit der Kommunen gefährden, darunter nicht liberalisierte Bereiche, wie die kommunale Wasserver- und Entsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen einschließlich des Gesundheitsbereiches sowie die öffentlichen Dienstleistungen im Kultur und Bildungsbereich,
4. durch die Verwendung von sogenannten Negativlisten, die Rekommunalisierung von Dienstleistungen deutlich erschwert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht werden.

***Die Abkommen haben somit direkte Auswirkungen auf die Stadt Kamen.***



**Der Rat der Stadt Kamen fordert, dass:**

1. Die Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz- und Öffentlichkeit zu führen sind,
2. die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur – auch nicht durch die Verwendung sogenannter Negativlisten - eingeschränkt werden darf und Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien nicht verschlechtert werden dürfen,
3. Umwelt- und Sozialstandards und die Möglichkeiten politischer Gestaltung nicht durch Investor-Staat-Schiedsverfahren parallel zur bestehenden Gerichtsbarkeit gefährdet werden dürfen.

Insbesondere wird die Bundesregierung aufgefordert, im Ministerrat der Europäischen Union im Bereich der Dienstleistungen aktiv für so genannte Positivlisten einzutreten, die explizit nicht die kommunale Daseinsvorsorge sowie den Kultur-, Gesundheits- und Bildungsbereich tangieren.

Die Anwendung von Negativlisten im bereits verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) darf nicht gebilligt werden. Hier muss nachverhandelt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Resolution den genannten Gremien und dem Städte- und Gemeindebund NRW zur Kenntnis zu bringen.